

Parlamentarischer Vorstoss

2025/157

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Effizienzoffensive in der BUD – Verwaltungsprozesse endlich leistungsfähiger machen
Urheber/in:	Christine Frey
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Blatter, Inäbnit
Eingereicht am:	10. April 2025
Dringlichkeit:	—

Der Rückzug aus dem Projekt Campus Dreispitz stellt einen markanten Einschnitt in einer Reihe anspruchsvoller Vorhaben dar, die von der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) unter der Leitung von Regierungsrat Isaac Reber begleitet wurden. Das mehrfach angekündigte Leuchtturmprojekt wurde beerdigt – ohne Resultat, ohne Plan B, aber mit grossem Vertrauensverlust. Dieses Beispiel steht exemplarisch für ein strukturelles Problem: Immer wieder zeigt sich, dass ambitionierte Ankündigungen nicht im erwarteten Umfang umgesetzt werden. Projekte geraten ins Stocken, obwohl finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Digitale Lösungen zeigen kaum Wirkung, Verfahren bleiben liegen, Partner werden übergangen. Diese Entwicklungen wirken sich nicht nur auf das Vertrauen in die Verwaltung aus, sondern auch auf die Wahrnehmung des Kantons als verlässlichen Standort. Wer investiert noch in einen Kanton, dessen Infrastrukturprojekte scheitern und dessen Verwaltung weder Tempo noch Verlässlichkeit bietet?

Auch im Alltagsgeschäft liefert die BUD nicht: Baugesuche brauchen im Baselbiet durchschnittlich 159 Tage – fast doppelt so lange wie im Kanton Solothurn. Trotz digitalem System «eBaugesuch» und sinkender Gesuchszahlen bleibt die Effizienz tief.

Zudem schafft es die Baurekurskommission nicht, ihre gesetzlichen Fristen einzuhalten – obwohl § 134 RBG eine Erledigung innert drei Monaten vorsieht. Der Frust bei Investoren, Gemeinden und Bauherren wächst – auch weil bei Arealen wie Salina Raurica oder Bachgraben wichtige Bauvorhaben blockiert oder verschleppt werden.

Der Kanton braucht eine leistungsfähige Verwaltung, die digital arbeitet, gesetzeskonform entscheidet und Verfahren innert nützlicher Frist abschliesst.

Der Regierungsrat wird beauftragt, die internen Abläufe der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) sowie der Baurekurskommission so zu reformieren, dass sie dem heutigen Anspruch an eine funktionierende Verwaltung gerecht werden. Konkret ist:

1. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Baugesuchen bis 2027 auf unter 90 Tage zu senken

Die Wirkung der digitalen Lösung «eBaugesuch» ist zu überprüfen. Schnittstellen, Zuständigkeiten und Durchlaufzeiten sind zu optimieren.

2. Die Baurekurskommission gesetzeskonform zu organisieren

Rekursverfahren sind gemäss § 134 RBG innert drei Monaten abzuschliessen. Rückstände sind zu quantifizieren und gezielt abzubauen.

3. Ein interkantonales Benchmarking durchzuführen

Prozesse und Strukturen sollen mit vergleichbaren Kantonen verglichen werden. Erfolgreiche Modelle sind zu übernehmen.

4. Ein jährlicher Fortschrittsbericht an das Parlament vorzulegen

Über Bearbeitungszeiten, Rückstände und erzielte Verbesserungen – mit Kennzahlen und Zielerreichung.